

Nachhaltige Standort- und Wirtschaftsentwicklung in Kommunen

Gestalten statt verwalten

Wirtschaftskraft und wirtschaftliche Dynamik in Gemeinden und Regionen sind nicht mehr Zufallsergebnisse, sondern das Resultat gezielter und organisierter Arbeit.

Die Standort- und Wirtschaftspolitik auf Ebene der Kommunen und Regionen muss neu überdacht werden. Notwendig ist eine neue „integrative Wirtschafts- und Standortpolitik“, die auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung stattfindet – vor allem jedoch auf Ebene der Kommunen und Regionen, wo noch große Defizite herrschen. Dies belegt auch eine aktuelle Studie des Österreichischen Gemeindebundes, die einmal mehr aufzeigt, dass mit klaren kommunalen Standort- und Wirtschaftsentwicklungskonzepten die wirtschaftliche Dynamik und Entwicklung einer Gemeinde erfolgreich gefördert werden kann.

Kommunen müssen anfangen unternehmerisch zu agieren. Sie werden ihre Entwicklung – unterlegt mit einem „kommunalen Masterplan“ – gezielt und planmäßig initiieren und umsetzen müssen. Es gilt, einen adäquaten „kommunalen Profit“ zu erzielen. Das können Arbeitsplätze, Lebensqualität, Ausbildung, Steuern, soziale Sicherheit oder kommunales Sozial- und Humankapital sein.

Dabei ist Wirtschaftsentwicklung als Teil der gesamthaften Gemeindeentwicklung in diese zu integrieren. Also „gestalten statt verwalten“ – und nicht auf andere warten und davon ausgehen, dass alles von einer „übergeordneten lenkenden Hand“ wie von selbst erledigt wird. Ohne einen derartigen kommunalen Masterplan weiß man im übrigen auch gar nicht, wo die „kommunale Reise“ hingehen soll. Mandatäre und Entscheidungsträger sind gezwungen, laufend „Anlasspolitik“ zu betreiben oder einer Anlasspolitik in der Gemeindestube zuzustimmen. Böse Zungen sprechen von einem „gemeindeentwicklerischen Flickwerk“ – und manche Gemeinden sehen auch tatsächlich so aus.

Städte und Gemeinden werden sich in Zukunft intensiver und professioneller um ihre gesamthafte Standort- und Wirt-

schaftsentwicklung kümmern müssen. Für viele kleine Kommunen wird das jedoch auf Grund ihrer finanziellen Ressourcen nicht möglich sein. Deshalb empfiehlt sich der Zusammenschluss in entsprechenden regionalen Funktionalgemeinschaften.

Dabei ist es wichtig, dass dieses Zusammengehen als Prozess verstanden wird, der gemeinsam eingeleitet und gemeinsam entwickelt werden muss und nicht von oben aufoktroiiert ist.



Gerald Mathis ist Leiter des ISK Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung.

Subsidiäre Regionalentwicklung

Vor diesem Hintergrund arbeitet das Modell der „subsidiären Regionalentwicklung“ (© ISK Dr. Gerald Mathis 2005). Dieses Modell ist ein Ansatz von unten (bottom up) und bezieht alle Gemeinden einer Region in den Entwicklungsprozess mit ein.

Und er berücksichtigt vor allem das Prinzip der Subsidiarität, das heißt, das, was in den einzelnen Gemeinden besser und effektiver gemacht werden kann, wird auch in der regionalen Arbeit dort belassen.

Standort- und Wirtschaftsentwicklung muss entsprechenden professionellen Gesetzmäßigkeiten folgen.

Professionelle Instrumente

Und es sollten die richtigen Instrumente in der richtigen Reihenfolge angewandt werden. Bevor wir überhaupt Maßnahmen setzen, gilt es zu analysieren wo die Stärken, Schwächen und Entwicklungspotentiale liegen und in welche Richtung sich die Kommune entwickeln kann. Diesen Prozess gilt es professionell zu initiieren und zu begleiten.

Erfolgreich wird er dann sein, wenn am Schluss nicht nur ein Konzept steht, sondern eine ausführlicher Maßnahmen- und Aktionsplan, der klar vorgibt, was von wem und mit welchen Mitteln bis wann zu tun ist.

Politische Willensbildung

Der erste und wichtigste Schritt wird dabei die politischen Willens- und Bewusstseinsbildung vor Ort in den Gemeindestuben sein. Es gilt Standort- und Wirtschaftsentwicklung als Prozess zu interpretieren, den wir unter Miteinbezug möglichst vieler Kräfte einer Gemeinde gemeinsam einleiten und gestalten sollten. Und bewusst zu machen, dass es an der Zeit ist, die Entwicklung und Gestaltung unserer Gemeinden gezielt und nachhaltig selbst in die Hand zu nehmen.

Information

ISK Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung
J.G. Ulmer-Strasse 21
6850 Dornbirn
Tel.: 5572/372 372
Fax: 05572/372 372-24
E-Mail: office@isk-institut.com
www.isk-institut.com